



LANDESFISCHEREIVERBAND BAYERN E.V.  
Mittenheimer Straße 4 | 85764 Oberschleißheim

Per Email an: [COMP-H6@ec.europa.eu](mailto:COMP-H6@ec.europa.eu)  
European Commission  
Directorate-General for Competition Unit H.6  
1049 Bruxelles /Brussel  
Belgique /België

**Überarbeitung der EU-Beihilfenvorschriften für Fischerei, Land- und Forstwirtschaft: Kommission bittet um Stellungnahmen**

11.03.22

Referat III Fischerei,  
Gewässer- und  
Naturschutz

Johannes Schnell

T 089 64 27 26-27  
F 089 64 27 26-66

johannes.schnell@  
lfvbayern.de

**LANDESFISCHEREI-  
VERBAND BAYERN E.V.**

Mittenheimer Straße 4  
85764 Oberschleißheim

**Stellungnahme Landesfischereiverband Bayern e.V. zu den Belangen der bayerischen Fischerei bzgl. der Mitteilung der Kommission „Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesfischereiverband Bayern e.V. möchte gerne von der Möglichkeit Gebrauch machen, im Rahmen des aktuellen Konsultationsverfahrens zur vorgeschlagenen Überarbeitung der EU-Beihilfenvorschriften für die Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei eine Stellungnahme bzgl. der Mitteilung der Kommission „Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor“ abzugeben.

Eine eigene Stellungnahme für das Bundesland Bayern ist unserer Ansicht nach besonders deshalb wichtig, da sich die bayerische Fischerei von vielen Bundesländern und anderen Mitgliedsstaaten strukturelle stark unterscheidet. Dies betrifft v.a. die Fluss- und Seenfischerei sowie Aquakulturbetriebe im Bereich Forellen- und Karpfenteichwirtschaft.

In der Bundesrepublik befinden sich die meisten Teichanlagen und somit Aquakulturbetriebe im Freistaat Bayern. Zudem sind die meisten bayerischen Betriebe Familienbetriebe und somit i.d.R. Kleinbetriebe.

Daher ist es unserer Organisation ein wichtiges Anliegen, diese Belange bei der Überarbeitung und Anpassung der zukünftigen Beihilferegelungen für die Fischerei entsprechend zu berücksichtigen.

Anbei erhalten Sie hierfür unsere Empfehlungen zu den aus unserer Sicht besonders relevanten Punkten.

### **3.1. Erste Voraussetzung: Die Beihilfe dient der Förderung der Entwicklung eines Wirtschaftszweigs**

Entsprechend Ziffer 53 des Entwurfs sollten die Mitgliedstaaten möglichst offizielle Vorstandsunterlagen, Risikobewertungen, einschließlich einer Bewertung der standortspezifischen Risiken, Finanzberichte, interne Geschäftspläne, Sachverständigengutachten und Studien zu dem zu bewertenden Investitionsvorhaben heranziehen.

Speziell bei der Risikobewertung darf der Einfluss von wildlebenden Tieren im Bereich von Aquakulturbetrieben sowie in der Fluss- und Seenfischerei nicht dazu führen, dass Beihilfebezüge versagt oder gekürzt werden.

Prädatoren wie Fischotter, Kormoran oder Reiher sowie Einflüsse auf bauliche Anlagen durch den Biber dürfen weder bei einer übergeordneten noch bei einer standortspezifischen Risikobewertung zu einer Benachteiligung von Betrieben führen. Dies gilt v.a. auch für Anlagen, die sich in Schutzgebieten befinden, in deren Schutzbestimmungen die o.g. Wildtiere als Schutzgüter angeführt sind.

#### **1.1 Beihilfen für Risiko- und Krisenmanagement**

Laut Entwurf Ziffern 1.1 bis 1.3 stellen „Naturkatastrophen“ und „außergewöhnliche Ereignisse“ im Sinne von Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV Ausnahmen vom allgemeinen Verbot staatlicher Beihilfen im Binnenmarkt gemäß Artikel 107 Absatz 1 AEUV dar. Aus diesem Grund hat die Kommission stets die Auffassung vertreten, dass diese Begriffe eng auszulegen sind. Dies wurde vom Gerichtshof der Europäischen Union bestätigt. Als beihilfefähige Kosten gelten laut Ziffer 142 die unmittelbar durch die Naturkatastrophe oder das außergewöhnliche Ereignis verursachten Schäden, die von einer Behörde, einem von der Bewilligungsbehörde anerkannten unabhängigen Sachverständigen oder einem Versicherungsunternehmen bewertet wurden.

## **Naturkatastrophen**

Mit Blick auf die Folgen des Klimawandels ist zukünftig mit einer Zunahme von v.a. lokalen Starkregen- und Unwetterereignissen zu rechnen. Dies betrifft in der Teichwirtschaft v.a. Überschwemmungen und Sturmschäden (Windwurf von Bäumen im Bereich von Teichen). Daher ist es bei Aquakultureinrichtungen zielführend, Beihilfen nicht nur für entstandene Schäden, sondern auch für Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung von Schäden zu gewähren. Im Bereich von Teichanlagen betrifft dies v.a. die Standsicherheit der Dämme und Hochwasserentlastungseinrichtungen. Die oft jahrhundertealten Teichanlagen sind technisch i.d.R. nicht für Bemessungshochwässer (HQ 1000 und größer) bemessen, die für die Bemessung der Standsicherheit im Hochwasserfall zur Anpassung an klimatisch bedingte Abflussveränderungen im Hochwassergeschehen seitens der Wasserwirtschaft vorgegeben werden.

Es macht allein schon aus dem Vorsorgeprinzip heraus Sinn, mit Blick auf Beihilfen für Risikomanagement die Ertüchtigung von Anlagen mit gefährdeter Standsicherheit zu fördern, anstatt nur Beihilfen zu gewähren, wenn dort z.B. infolge eines klimawandelbedingten Hochwassers Schäden eingetreten sind. Daher wird dringend empfohlen, im Bereich der Teichwirtschaft zusätzlich all die Maßnahmen als beihilfeberechtigt einzustufen, die zu einer Risikominderung für Schäden als Folgen des Klimawandels geeignet sind.

Dazu zählen v.a. Maßnahmen zur Verbesserung der Standsicherheit von Dämmen (vgl. DIN 19700), Maßnahmen zur Verbesserung eines schadfreien Hochwasserabflusses (Hochwasserentlastungseinrichtungen) oder vergleichbares.

## **Außergewöhnliche Ereignisse**

Laut Entwurf stellen „außergewöhnliche Ereignisse“ im Sinne von Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV Ausnahmen vom allgemeinen Verbot staatlicher Beihilfen im Binnenmarkt gemäß Artikel 107 Absatz 1 AEUV dar. Dies beinhaltet Beihilfen zum Ausgleich von Schäden durch geschützte Tiere gemäß Artikel 46 [NEW FIBER].

Ähnlich wie bei Beihilfen bzgl. Naturkatastrophen ist auch bei Schäden durch geschützte Tiere wichtig, neben Beihilfen für entstandene Schäden auch Vorsorgemaßnahmen als beihilfeberechtigt vorzusehen, mittels derer künftige Schäden reduziert oder vermieden werden können. Speziell in Bayern betrifft dies mit Blick auf die Prädation von Fischen v.a. den Kormoran und in zunehmendem Maße den Fischotter.

Hinsichtlich der baulichen Schädigung sind durch den geschützten Biber in steigendem Umfang Schäden an Aquakultureinrichtungen zu verzeichnen.

Speziell im Bereich der Teichwirtschaft ist zu vermeiden, dass bei prädatorischen oder baulichen Schäden durch geschützte Wildtiere in Bezug auf Schäden allein ein kompensatorischer Ansatz bei Beihilfen verfolgt wird. Teichanlagen müssen wirtschaftlich betrieben werden können. Eine Degradierung zum reinen Beihilfeempfänger wird dem Beihilfeansatz, Betriebszweige zu fördern oder zu entwickeln, in keiner Weise gerecht. Teichbetriebe müssen wirtschaftlich überlebensfähig sein. Die reine Kompensation solcher Schäden stellt im Sinne des Beihilferechts keinen Anreiz dar, eine bestimmte Betriebsform zu fördern oder zu entwickeln.

Die Einbeziehung von Beihilfen für prophylaktische Maßnahmen macht auch vor dem Hintergrund Sinn, dass speziell Teichanlagen nicht nur reine Produktionsstätten sind, sondern sekundär für zahlreiche Organismen (z.B. Libellen, Amphibien, Röhrichtpflanzen) wichtige und hochwertige Lebensräume bereitstellen. Dieser Ecosystem-Service ist nur möglich, wenn eine wirtschaftlich vernünftige Bewirtschaftung der Teiche sichergestellt ist. Ohne Bewirtschaftung verschwinden Teiche infolge von Verlandungsprozessen und die Teichdiensleitungen, die auch Aspekte wie Landschaftswasserhaushalt, Wasserrückhalt in der Fläche o.ä. einschließen, gehen verloren.

### **Probleme entschärfen, die Beihilfemöglichkeiten unterlaufen**

Im Zuge dessen muss auch folgendes mit Blick auf den Bezug von Beihilfen beachtet werden:

Speziell beim Prädator Fischotter ist derzeit eine Entnahme von Tieren aufgrund des Schutzstatus und aktueller Gerichtsurteile nicht möglich. Die

für 2021 in Bayern von Erwerbsteichwirten geltend gemachten Schäden durch den Otter belaufen sich auf 1,2 Mio €, Tendenz stark ansteigend.

Umso wichtiger ist es, dass Beihilfen für Maßnahmen Verwendung finden können, die aktuell zumindest eine Schadensabwehr beim Fischotter ermöglichen. Leider werden solche Möglichkeiten durch den behördlichen Naturschutz ad absurdum geführt. Beantragt ein Teichwirt für Teiche in einem Schutzgebiet (z.B. NATURA 2000 oder Naturschutzgebiet) den Bau eines elektrischen Schutzzaunes, um zum Schutz der Fische den Otter am Eindringen in eine Teichanlage zu hindern, so wird der Antrag behördlicherseits damit abgeschmettert, dass durch den Zaun andere Schutzgüter wie Amphibien oder Wasservögel beeinträchtigt würden. Dass diese als Versagensgrund angeführten Schutzgüter i.d.R. nur deshalb vorkommen, weil der Teichwirt durch den Betrieb seiner Anlage eine Wasserfläche und somit einen Lebensraum für diese Schutzgüter schafft, bleibt bei der behördlichen Abwägung völlig unbewertet.

### **Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen zur Vermeidung von Ungleichbehandlungen bei Beihilfebezügen**

Die EU muss aus o.g. Gründen parallel zum Beihilferecht Rahmenbedingungen schaffen, mit denen ein Unterlaufen bzw. Auflaufen der eigenen Beihilferegulungen sowie eine Benachteiligung bestimmter Aquakulturbetriebe zukünftig vermieden wird.

Dies gilt insbesondere für aus betriebswirtschaftlichen Gründen dringend erforderliche Investitionen in Schutzmaßnahmen vor Prädatoren, die behördlicherseits aus Naturschutzgründen abgelehnt werden.

#### Beispiel:

Nachdem Teichanlagen i.d.R. schon lange vor der Festlegung von FFH-Gebieten bestanden haben, ist es praxisfern und nach Auffassung des LFV Bayern unzulässig, wenn der Bau eines Schutzzauns gegen den Fischotter als „Projekt“ im Sinne des FFH-Rechts eingestuft wird, wodurch wiederum aufwändige und kostenintensive FFH-Prüfverfahren für den Teichwirt entstehen, deren Durchführung jedoch kein Garant für eine Genehmigung des Zauns ist. Dies gilt v.a. vor dem Hintergrund, dass der Fischotter aufgrund seines Schutzstatus nicht bejagt werden darf und somit für den

Teichwirt keine Alternativen zum Zaunbau bestehen, um seine Produktion zu schützen.

Durch das „FFH-Projekt Zaunbau“ an einer Teichanlage im FFH-Gebiet werden zudem i.d.R. genau solche Schutzgüter beeinträchtigt, die dort allein aufgrund der/des nur infolge der Fischproduktion vorhandenen Teiche/s ihre Daseinsvoraussetzung finden. Würde der Teichwirt keinen Teich betreiben, gäbe es bspw. an dieser Stelle schlichtweg keine Wasservögel als Schutzgüter, die für eine artenschutzrechtliche Prüfung o.ä. relevant wären. Es geht nicht an, dass ein Teichwirt im Übertragenen Sinne durch die Wildtiere „abgestraft“ wird, deren Existenz an Ort und Stelle nur durch den Betrieb seiner Teichanlage gesichert ist. Der Bau von Schutzeinrichtungen gegen geschützte Wildtiere sollte zudem auch über den Bestandschutz gewährleistet werden, der für Nutzungen gilt, die bereits vor Ausweisung von FFH-Gebieten etabliert waren.

Daher wird dringend empfohlen, den Bau von Schutzeinrichtungen gegen Wildtiere an Teichanlage als gute fachliche Praxis der Fischerei einzustufen, die nicht unter den Projekt-Begriff des FFH-Rechts fällt. Nur so lassen sich bei Beihilfeansprüchen Ungleichbehandlungen von Teichwirt\*innen inner- und außerhalb von Schutzgebieten vermeiden.

Die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen ist auch mit Blick auf den beihilferechtlich geforderten Anreizeffekt notwendig. Die Beihilfe muss dazu führen, dass die betreffenden Unternehmen ihr Verhalten ändern und zusätzliche Tätigkeiten aufnehmen, die sie ohne die Beihilfe nicht, nur in geringerem Umfang oder auf andere Weise ausüben würden (Abschnitt 3.1.2). Beim Prädator Fischotter stehen dem Teichwirt außer einem Zaunbau mangels Entnahmemöglichkeiten beim Otter keinerlei Alternativen zur Verfügung, um Schäden von seinen Fischen abzuhalten.

Reine Entschädigungsbeihilfen für den Fischverlust oder Schäden durch geschützte Wildtiere sind zwar wichtig, entfachen aber keinerlei Anreizeffekt, die Betriebsform oder Struktur zu ändern, wenn die einzigen möglichen Änderungen (z.B. Zaunbau) rechtlich nicht zulässig sind.



***Abb: Geförderter Otterschutzzaun an Teichanlage außerhalb eines Schutzgebietes. Bei Teichen innerhalb von Schutzgebieten (z.B. NATURA 2000) derzeit i.d.R. nicht realisierbar. (Bild: F. Heberlein)***

### **Beihilfebezüge für naturschutzfachliche Prüfungen im Kontext zu geschützten Wildtieren**

Speziell Teichanlagen in Schutzgebieten wie NATURA 2000 oder Naturschutzgebieten unterliegen bei Eingriffen besonderen Regelungen.

Da auch der Bau von Schutzvorrichtungen vor Prädatoren, bspw. in Form von Überspannungen oder Umzäunungen, aber auch die Einbringung von Biberschutzgittern in Teichdämme o.ä. oftmals als Eingriffe in geschützte Lebensräume gewertet werden, ist der Betreiber der Anlage verpflichtet, die Auswirkungen des Eingriffs auf bestimmte Schutzgüter im Bau-Antragsverfahren zu prüfen.

Für den Bau eines elektrischen Otter-Schutzzauns in einem NATURA 2000-Gebiet muss der Antragsteller bspw. in einer FFH-Verträglichkeitsprüfung nachweisen, die dokumentiert, dass für das Schutzgebiet relevante Schutzgüter nicht in erheblichem Umfang beeinträchtigt werden und keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes eintritt.

Diese Prüfverfahren stellen aus beihilferechtlicher Sicht grundsätzlich keine klassischen Investition dar. Sie sind aber rechtliche Grundvoraussetzung, um eine spätere Investition in einen Schutzzaun überhaupt tätigen zu können.

Daher wird dringend empfohlen, dass bei Maßnahmen, die zur Abwehr von Schäden durch geschützte Wildtiere vorgesehen sind, auch die Erstellung naturschutzrelevanter Antragsunterlagen (z.B. FFH-Verträglichkeitsprüfung) beihilfeberechtigt ist. Der Bezug von Beihilfen sollte auch dann erfolgen, wenn trotz Beibringung der erforderlichen Unterlagen durch den Teichwirt im Anschluss behördlicherseits eine Genehmigung versagt wird.

Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Schnell

(Dipl. Ing.)

Referatsleiter